

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 440.15 / 03.11.2015

Die Bundesregierung muss aus ihrer Bremserrolle herauskommen

Zum heute (3.11.2015) vorgestellten Gutachten „Bedarfsanalyse LNG in Brunsbüttel« (LNG = Liquefied Natural Gas = flüssiges Erdgas) sagt der Sprecher für Europapolitik und maritime Politik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Bernd Voß**:

Gut, dass die Landesregierung zusammen mit der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel und der Brunsbüttel Ports ein Gutachten zur Bedarfsanalyse LNG in Brunsbüttel in Auftrag gegeben und heute vorgestellt hat. Das Gutachten des Fraunhofer Centers für Maritime Logistik und Dienstleistungen bestätigt in allen Punkten unsere Bewertung zur Dringlichkeit und Zukunftsfähigkeit des Projektes.

Eine Ausweitung des Einsatzes von LNG wäre gut für die Energiesicherheit und die Umwelt und böte zudem Chancen für Arbeitsplätze und Wirtschafts- und Technologieentwicklung. Insbesondere bietet Brunsbüttel als Knotenpunkt für die Energiewirtschaft und Schifffahrt und als Industriestandort hervorragende Voraussetzungen für den Umschlag und die Verteilung von Flüssiggas auch ins nationale und europäische Verbundnetz.

Die neue Ausrichtung der EU-Energieaußenpolitik in den letzten Jahren ist begründet in der hohen Abhängigkeit von Energieimporten in Europa und Deutschland. Bei Öl und Gas sind es in Europa zirka 70 Prozent. Das meiste Gas kommt per Pipeline aus Russland. Im Zuge der Ukraine Krise ist noch einmal sehr deutlich geworden, wie wichtig eine Diversifizierung in der Energieaußenpolitik ist. Über LNG wäre ein weltweiter Bezug von Flüssiggas auf dem Seeweg über den Brunsbütteler Hafen möglich.

Auch wenn Bundeskanzlerin Merkel das Thema LNG kürzlich auf der maritimen Konferenz aufgegriffen hat, lassen die Aktivitäten des Maritimen Koordinators der Bundesregierung noch keine durchgreifenden Aktivitäten erkennen. Es soll geprüft oder begleitet

werden, aber es fehlen das Ziel und ein Fahrplan der Bundesregierung, was bis wann umgesetzt werden soll und wie es finanziert werden kann. Dafür muss sie auch die Küstenländer mit ins Boot holen. Das hat die Bundesregierung bisher versäumt.

Die Bundesregierung darf den Fortschritt nicht weiter verschleppen, wenn es darum geht, zügig Strukturen für die Nutzung von LNG in Deutschland zu schaffen und die Vorgaben der EU in der Energie- und Energieaußenpolitik umzusetzen.

Landesregierung und besonders die regionalen Unternehmen setzen sich seit Jahren für Brunsbüttel als nationalen LNG-Importstandort ein. Die Bundesregierung muss endlich aus ihrer Bremserrolle herauskommen. Das Gutachten bestätigt: Der Industrie-, Hafen- und Logistikstandort Brunsbüttel wäre eine Perle für den Einstieg in eine LNG-Infrastruktur in Deutschland.
